

Morgen mitten im Advent, am Nikolaustag, will die Bundesregierung wieder nach Afghanistan abschieben gegen alle Warnungen und Einschätzungen der Sicherheit aus der UN und internationalen Organisationen, gegen den dringenden Rat des früheren afghanischen Präsidenten Karsai, der „um Milde“ bittet.

Überall werden die verzweifelten Menschen eingesammelt oder sitzen schon in Abschiebehäft. Alle anderen sind in Panik, verlassen ihre Heime, Schulen und Ausbildungsstätten oder fliehen nach Frankreich, auch wenn sie selbst gar nicht von der Abschiebung betroffen sein sollten.

Die im Mai aufgestellten Kriterien für die Auswahl der Abzuschiebenden werden nicht eingehalten. Zumindest in Bayern wissen wir, dass es gar nicht um Gefährder oder Straftäter geht. Mit ihnen werden vielmehr - nach allem, was wir wissen - auch gut integrierte unbescholtene Menschen abgeschoben.

Das dritte Abschiebekriterium der mangelnden Mitwirkung bei der Identitätsfeststellung wird großzügig zu Lasten der Betroffenen ausgelegt, besser „manipuliert“. Auch bei Menschen, die längst aussagekräftige Belege für ihre Identität vorlegen konnten, wird nun darauf bestanden, einen afghanischen Pass zu beschaffen, ein fast aussichtsloses Unterfangen. Die Behörden wissen das.

Denn jeder weiß, dass es ohne Bestechung, Benutzung dubioser Mittelsmänner und mafiöser Strukturen schwer ist, einen afghanischen Pass zu bekommen. Die afghanischen Konsulate sind überfordert. Die bayerischen Ausländerbehörden bedrängen dennoch Geflüchtete, Ausweispapiere mit illegalen und strafbaren Praktiken in Afghanistan zu beschaffen. Der eindeutige Nachweis der Identität durch Geburtsurkunden oder andere Papiere wird oft nicht anerkannt.

Mit ähnlichen Praktiken wird schon länger die Arbeit und Ausbildung für die meisten Afghanen verboten, unter Aushebelung von Bundesrecht. Bei den Abschiebungen nach Kabul aufgrund angeblich nicht erfolgter Mitwirkungspflicht geht es aber um Gefahr an Leib und Leben.

Den bayerischen Zentralen Ausländerbehörden scheinen die Auswahlkriterien ohnehin nicht verbindlich zu sein.

Aber nicht nur die bayerische Staatsregierung unter alter und neuer Leitung mit ihrer von Angst vor der AfD getriebenen Stimmungspolitik stellt sich hier selbst an den Pranger, sondern auch das Außenministerium unter Herrn Gabriel. Im Widerspruch zu seinen eigenen massiven Sicherheitswarnungen für Deutsche behauptet das Auswärtige Amt immer noch, es gäbe einzelne sichere Provinzen in Afghanistan für Afghanen. Niemand kann das bestätigen oder kennt sie. Gabriel stellt sich damit offen gegen einen geltenden Parteitagsbeschluss der SPD, einen völligen Abschiebestopp zu verhängen.

**Wir fordern die verantwortungsvollen humanitär und christlich denkenden Menschen in Union und Sozialdemokratie auf, den Abschiebestopp in ein Land im und am Rande des Bürgerkrieges zu stoppen, wenn sie in die neuen Verhandlungen zur Koalition gehen.**

**Wir bitten die Kirchen und Bischöfe, sich vor die afghanischen Menschen in großer Not zu stellen, für sie einzutreten und sie in Schutz zu nehmen.**

Deutschland ist 70 Jahre nach der schrecklichen Nazi-Diktatur ein menschenfreundlicher Rechtsstaat geworden mit christlicher und humanitärer Prägung.

Das muss so bleiben, auch im deutschen Asylrecht.

V.i.S.d.P.

Stephan Theo Reichel

matteo - Kirche und Asyl

Kurator und Leitender Geschäftsführer

Mobil: 0151 25 29 44 34 E-Mail: [srkirchenasylbayern@icloud.com](mailto:srkirchenasylbayern@icloud.com)